

Regierung Bolsonaro will indigene Schutzgebiete für Wirtschaft öffnen

Präsident Bolsonaro und das von wirtschaftlichen Interessen (Agrarindustrie und Bergbau) geleitete Parlament setzen die Indigenen feindliche Politik der Vorjahre unter Interimspräsident Temer fort. Er werde kein weiteres Land für Indigene oder andere traditionelle Gruppen ausweisen, hatte Bolsonaro schon im Vorfeld angekündigt. Insgesamt 900.000 Indigene machen unter 1% der Gesamtbevölkerung des Landes aus. Sie leben auf 13% der Landesfläche in indigenen Schutzgebieten (Terra Indigena). Indigene Sprecher*innen wie der Yanomami Davi Kopenawa¹ warnen eindringlich vor einer weiteren Öffnung des Amazonasgebiets für kapitalistische Interessen. Eingriffe in Flüsse, Wälder und Bodenressourcen bedrohen den Amazonasraum und seine traditionelle Bevölkerung. Ca. 45 Prozent Amazoniens haben heute Schutzgebietsstatus. Anhand von aktuellen Luftbildern aus dem südlichen Pará belegt das Amazonasforschungsinstitut IMAZON² erneut die Wirksamkeit Indigener Schutzgebiete (Terra Indigena) für Wald-, Klima- und Biodiversitätsschutz. Rund um den Infrastrukturausbau des Megastaudamms Belo Monte und der Fernstraße BR 163 ist die illegale Entwaldung zuletzt explodiert (siehe eigenes Kapitel), während die Bewaldung innerhalb der Schutzgebiete intakt blieb. Die meisten Schutzgebiete sehen eine an das jeweilige Ökosystem angepasste Nutzung durch die traditionellen Bewohner*innen vor. Das World Resource Institute betont, dass in Regionen mit Terras Indigenas die Entwaldung im Schnitt 11% niedriger ist als auf den restlichen Flächen. Weitere positive Umwelteffekte kommen hinzu: Bekannt ist in diesem Zusammenhang die Bodenverbesserung der nährstoffarmen Amazonasböden durch indigene Agroforstmethoden. Diese verwandeln den Boden zu Schwarzerde, der nährstoffreichen Terra Preta de Índio. Das sozioökologische Institut ISA geht davon aus, dass 12% aller Böden in Amazonien durch indigenen Einfluss an Fruchtbarkeit zulegen konnten. Unstrittig ist auch der Erhalt und Schutz von Baumarten wie Castanheira (Paranuss), Pupunha (Pfirsichpalme), Cacau (Kakao), Babaçu, Maniok und die Araukarie durch indigene Subsistenzwirtschaft. Die Klimaschutzfunktion von Böden ist bislang in Diskussionen häufig unterrepräsentiert. Zusätzlich zum Kohlenstoffspeicher überirdischen Vegetation sorgen im Boden lebende Mikroorganismen für weitere Bindung und Umwandlung von Kohlendioxid.

Ohne politischen Willen und staatliche Absicherung sind Schutzgebiete und ihre Bewohner*innen jedoch starkem Druck von Bergbau- und Landwirtschaftsindustrie ausgesetzt, der häufig mit einem hohen Gewaltpotenzial einhergeht. Der politische Wille, das territoriale Schutzkonzept indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften als nationales Gut anzuerkennen und zu unterstützen, fehlt der neoliberalen Regierung in Brasília. Präsident Bolsonaro strebt eine Öffnung bislang geschützter Gebiete für wirtschaftliche Interessen an, um die Wirtschaft zu beleben. Forderungen nach verbesserten Lebensbedingungen für indigene Gruppen will der Präsident mit Einnahmen aus der Vermarktung von bislang unangetasteten Rohstoffquellen (z.B. dem Metall Niob) in indigenen Schutzgebieten finanzieren. Der Indigenenmissionsrat CIMI, indigene Organisationen wie die COIAB aber auch das Ministerio publico³ warnen vor dem sukzessiven Abbau indigener Land- und Minderheitenrechte. Viele Einschätzungen teilen die Ansicht, dass die Zukunft indigener Völker in Brasilien nach dem Regierungswechsel stark bedroht sei, da die Kosmovision ihres Territoriums politisch immer weniger Berücksichtigung finde. Im Oktober 2018 veröffentlichte der WWF Brasilien⁴

¹ <https://www.socioambiental.org/pt-br/blog/blog-do-rio-negro/in-harvard-the-shaman-davi-kopenawa-warns-amazon-rainforests-future-is-in-danger>

² <https://imazon.org.br/imprensa/imagemdodia-terras-indigenas-garantem-direitos-e-protegem-florestas/>

³ <https://www.wwf.org.br/?70062/Ministerio-Publico-entra-com-acao-contra-mineracao-em-terras-indigenas>

⁴ <https://www.wwf.org.br/?70062/Ministerio-Publico-entra-com-acao-contra-mineracao-em-terras-indigenas>

eine Studie mit Zahlen aus dem Umweltministerium, der Bundesbergbaubehörde und der Bundesstiftung für indigene Fragen FUNAI. 4.000 Anträge auf Lizenzen für Bergbautätigkeiten in indigenen Schutzgebieten des Amazonasgebiets lagen zu diesem Zeitpunkt vor.

Bolsonaros neue Lesart im Umgang mit der indigenen Bevölkerung Brasiliens hat diese Tendenz weiter befeuert. Gerne würde er für interessierte Unternehmen die territorialen Rechte und Auflagen innerhalb der Umweltgesetzgebung lockern, die die brasilianische Verfassung der indigenen Bevölkerung zuspricht. Vielfalt und Pluriethnizität sollen sich nach seinem Verständnis einem einheitlichen Nationalbewusstsein unterordnen. Alle seien doch Brasilianer*innen, mehr Unterschiede gäbe es nicht. Das bedeutet nichts anderes als die Forderung nach Assimilierung und einem Ende von Autonomie und indigenem Selbstbewusstsein. Wenn sich diese Politik durchsetzt, bedeutet dies das Aus für die indigene Bevölkerung Brasiliens.

Juristisch berufen sich indigene Völker auf den Artikel 231 der brasilianischen Verfassung und die Konvention 169 der Internationalen Arbeiter Organisation (kurz: ILO 169), die vorschreiben, dass jeder Eingriff durch Unternehmen der vorherigen, freien, wohlmeinenden und gut informierten Anhörung der indigenen Gemeinschaft bedarf. Die lokale Bevölkerung hat dadurch das Recht, ihre Zustimmung oder Ablehnung in die Projektentwicklung einfließen zu lassen. Im Idealfall könnte das Instrument der Konfliktvermeidung dienen. Da jedoch meistens ein starkes Machtgefälle zwischen beiden Parteien herrscht und man sich nicht die Zeit für Mediation nimmt, verzögert es Entscheidungen. Dies ist die negative Wahrnehmung von Unternehmen und dem Ministerium für Bergbau ANM. Die Signale aus Brasilia führen zunehmend dazu, dass mit illegalen Eingriffen Fakten geschaffen werden, gegen die hinterher zwar geklagt werden kann, die aber bereits Veränderungen an intakten Systemen darstellen. In Roraima und Amapá wurden die geltenden Regeln beispielsweise mit einem vorläufigen Verwaltungsbeschluss umgangen. In den konkreten Fällen lagen der Bundesstaatsanwaltschaft Klagen vor, dass wissenschaftliche Voruntersuchungen und geologischer Abbau in indigenen Gebieten gebilligt und durchgeführt worden seien, ohne die indigene Bevölkerung vorher über das Projekt zu informieren und zu den Plänen anzuhören.

Die FUNAI wird als Anti-Indigenenbehörde auf Bolsonaro-Kurs getrimmt⁵

Bundespolizeikommissar Marcelo Augusto Xavier da Silva ist neuer Präsident der Indigenenbehörde Funai⁶, nachdem im Juni sein Vorgänger, Reservegeneral Franklimberg Ribeiro de Freitas auf Drängen der Agrarlobby des Amts enthoben worden war. Die parlamentarisch mächtige Agrarlobby hält Silva für eine vielversprechende Besetzung in Bezug auf Landrechtsdispute, da er bereits erfolgreich mit ihr zusammengearbeitet hat. Als Beisitzer der Funai hatte Silva Untersuchungen gegen Indigene in Mato Grosso do Sul als „Invasoren“ gefordert, was jeder Grundlage entbehrt. Er wurde daraufhin im Vorjahr von der Funai entlassen. 2016 war er Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungskommission CPI der Funai, die unter der Interimsregierung Temer gegen die Behörden Inbra (Bundesinstitut für die Umsetzung der Agrarreform) und Funai (Indigene Fragen) eingesetzt

⁵ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/die-funai-wird-als-anti-indigenenbehoerde-auf-bolsonaro-kurs-getrimmt> (Uta Grunert)

⁶ <http://www.ihu.unisinos.br/78-noticias/590994-assessor-da-bancada-ruralista-e-nomeado-presidente-da-funai>

worden war. Gegenstand der Untersuchung waren die Landtitelvergabe an Quilombol@s und die Ausweisung indigener Schutzgebiete (Terras Indigenas). Die Kommission wollte Unregelmäßigkeiten nachweisen und verfolgte das Ziel, indigenen Führungspersonen, Pro-Indigene NGOs, Anthropologen und staatliche Mitarbeiter*innen einzuschüchtern, zu verleumden und zu verklagen/kriminalisieren. Der Abschlussbericht der Untersuchungskommission unter Interimspräsident Temer empfahl die Revision von abgeschlossenen Demarkationsprozessen. Mit dieser Ansage war auch Bolsonaro angetreten. Sein Ziel ist es, die Entscheidungshoheit über indigene Politik und Landnutzung in die Hände von Großgrundbesitzern und Agrarlobby zu übertragen. Nun bringt er strategisch die passenden Mitarbeiter in entscheidende Positionen. Von der ursprünglichen Aufgabe der Funai, für die Ausweisung von indigenen Territorien zu arbeiten, ist mit der neuen Führung nichts mehr zu erwarten. Stattdessen muss man sich auf Rechtsstreitigkeiten und neue Schwierigkeiten für indigene Gebiete gefasst machen. Auf diese menschenrechtlich höchst problematische Entwicklung weist das sozialökologische Institut für Amazonien ISA⁷ hin.

Alarmierende Entwaldungsentwicklung im Amazonasraum

Bekanntermaßen steigt die illegale Entwaldung in Wahljahren an. Die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung sinkt im vermeintlichen Machtvakuum während einer politischen Neubestimmung. Bolsonaros Desinteresse an Umweltschutzfragen und seine Zweifel am Klimawandel befeuerten diesen Effekt zusätzlich. Klima- und Waldschutz werden von Wirtschaftsförderung abgelöst. Senator und Präsidentensohn Flavio Bolsonaro⁸ brachte den Vorschlag auf, die gesetzlich vorgeschriebenen Waldreserven privater Waldbesitzer - bislang 50-80% der jeweiligen Fläche – zur Nutzung und damit Umwandlung freizugeben. Eine Waldfläche so groß wie der Iran würde so abgeholzt und einer anderen Nutzung zugeführt. Landspekulationen und der Druck auf Schutzgebiete nehmen in diesem Szenario deutlich zu. Bolsonaros Diskurs und Politik wirken wie ein Freibrief zur Landnahme nach Waldzerstörung – sei es zur Agrarproduktion, für Unternehmen mit Bergbauinteressen oder illegale Holzwirtschaft. Die Folge war eine Explosion neuer illegaler Entwaldung. Knapp 740 Quadratkilometer Wald gingen in Amazonien allein im Mai 2019 verloren, was zwei Fußballfeldern/Minute entspricht. Da im Mai die Trockenzeit beginnt, wo Brandrodung eine große Rolle spielt, kann der Monat als verlässlicher Zeiger gelten, um einen alarmierenden Trend zu belegen. Am stärksten betroffen vom Waldverlust sind die Bundesstaaten Pará, Mato Grosso und Rondônia. In Pará haben Infrastrukturprojekte wie der Megastaudamm Belo Monte und der Ausbau der BR 163 zu enormem Waldverlust geführt, betroffen sind hier auch indigene Territorien, Schutzgebietseinheiten und Agrarreformsiedlungen (siehe Grafik⁹). Das Bundesinstitut für Fernerkundung INPE¹⁰ veröffentlicht für die erste Jahreshälfte einen Waldverlust von 7.536 Quadratkilometern. Gegenüber 2018 bedeutet dies einen Anstieg von 8,5%. Im Juni beläuft sich der Anstieg zum Vorjahresmonat laut INPE¹¹ auf 88%¹².

⁷ <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/assessor-da-bancada-ruralista-e-nomeado-presidente-da-funai>

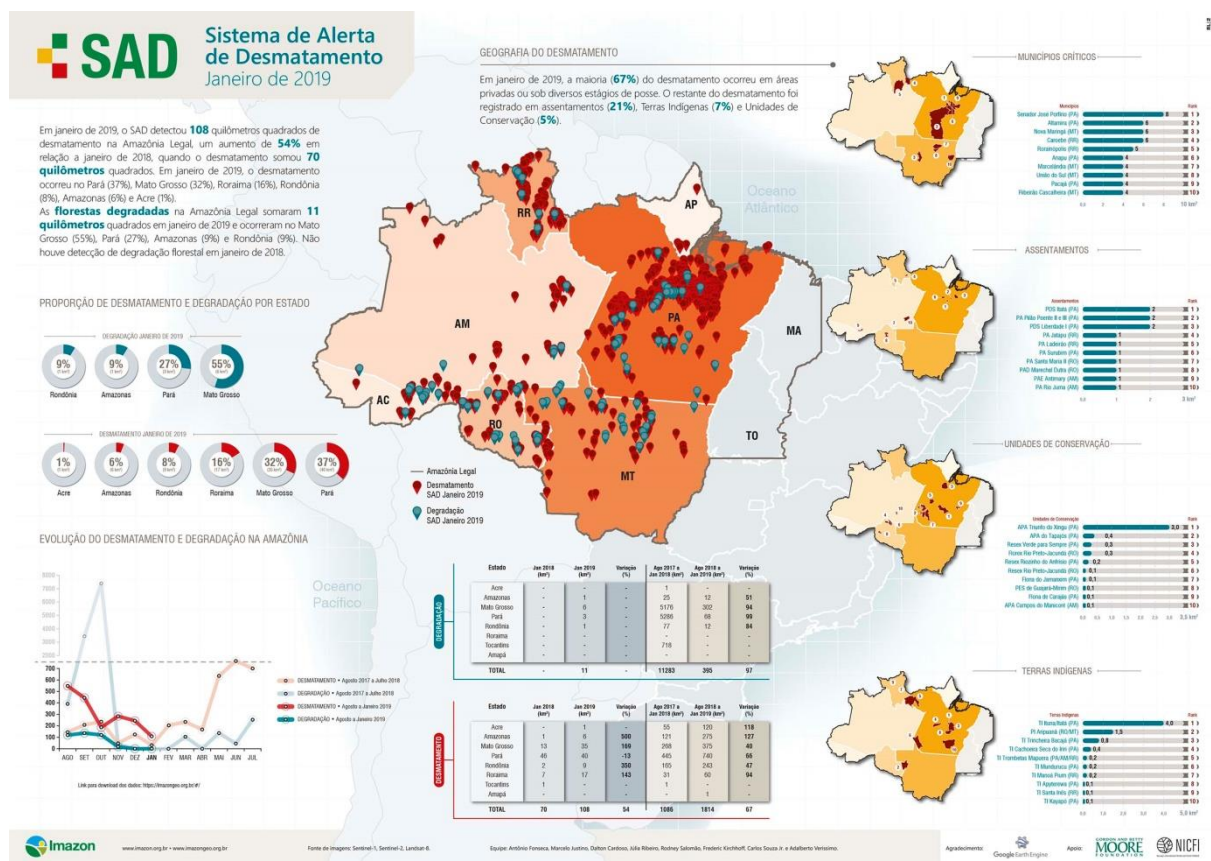
⁸ <https://hypescience.com/desmatamento-da-amazonia-brasileira-atinge-recorde/>

⁹ <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/beiradeiros-e-indigenas-provam-que-a-economia-da-floresta-em-pe-e-possivel>

¹⁰ http://www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod_Noticia=5138

¹¹ http://www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod_Noticia=5147

Zur neuen Politik zählt auch der Rückgang an Strafverfolgungen wegen illegaler Entwaldung – mit der niedrigsten Quote seit 11 Jahren. Kontrollen wurden um 70% gegenüber dem Vorjahr zurückgefahren. Anfang Juni gab Umweltminister Salles bekannt, die Satellitenüberwachung von Waldflächen privatisieren zu wollen. Seine Kritik richtet sich gegen das Fernerkundungsinstitut INPE, das nicht genügend effektiv gegen Entwaldung arbeite, sondern nur negative Zahlen liefere, womit es bei Salles in Ungnade gefallen ist. Im Gespräch ist das Umweltministerium bereits mit einem Unternehmen aus São Paulo (Santiago & Cintra). Sollte es zum Wechsel des Monitorings an einen privaten Auftragsnehmer kommen, drohen die Zahlen über den Waldzustand in Amazonien weniger unabhängig zu sein. Es scheint, als verfolge Salles die Taktik, die Entwaldung über eine Neuordnung der Auswertung und Zahlen statt über effektive Strafverfolgung der Waldvernichter zu regeln. Bislang erhielt die Waldbehörde Ibama fast täglich aktuelle DETER-Daten. Auf dieser Basis erfolgte die Strafverfolgung illegalen Rodungen oder Holzeinschlag. Einmal pro Monat veröffentlicht Ibama einen Waldzustandsbericht für Amazônia Legal. Das Satelliten-Monitoring erfasst Flächen, die über drei Hektar groß sind und dient als Kontroll- und Warninstrument. Die personelle Ausdünnung von Ibama macht sich jedoch bemerkbar. Der permanente Kontrollpunkt in Novo Progresso (Pará) war dieses Jahr nicht besetzt. Unter Bolsonaro kam die Eliteinheit des Ibama, das GEF (Grupo Especializado de Fiscalisacao) kaum zum Einsatz.



¹² <https://www.labgis.uerj.br/noticias/aceso-publico-a-dados-de-desmatamento-impossibilita-manipulacao-diz-inpe>

Amazonasfonds steht wegen Manipulation auf der Kippe

2008 wurde der Amazonasfonds zwischen Norwegen, Deutschland und Brasilien als Klimaschutzinstrument ins Leben gerufen. Unter der Regierung Dilma Rousseff wollte man den Schutz des Amazonasraums und seiner Bewohner*innen mit internationaler Unterstützung vorantreiben. Mit dem Ausbau neuer Satellitentechnik beispielsweise machte sich Brasilien weltweit einen Namen. Die Entwaldungszahlen bis 2009 zeigten einen positiven Trend, Waldschutz wurde ein Exportschlager. Norwegen und Deutschland sind die wichtigsten Geldgeber, über eine Milliarde US \$ hat allein die norwegische Regierung bereitgestellt. Der Amazonasfonds bietet allerdings als REDD+-Programm finanzielle Anreize für die Reduzierung von Entwaldung. Das Konzept ist umstritten. Vegetation und Böden wirken als Kohlenstoffspeicher und sollen über einen Marktmechanismus erhalten bleiben. Inzwischen hat sich erwiesen, dass die finanziellen Anreize mit den Verdienstmöglichkeiten nach Abholzung (z.B. durch Sojaanbau) nicht mithalten können. Thomas Fatheuer legt in seiner Studie über die deutsche Kooperation im Amazonasgebiet dar, dass der Amazonasfonds mit Hilfe von Entwicklungsgeldern u.a. auch Zahlungen an Indigene und die Unterstützung von Schutzgebieten finanziert hat. Eine nachhaltige Finanzgarantie über den Amazonasfonds in Richtung soziale Akteure/Waldschützer*innen lässt sich jedoch kaum dauerhaft an die nachweisbare Reduzierung von Entwaldung koppeln, Fatheuer hält dies für problematisch.

In die Schlagzeilen kam der Amazonasfonds als Umweltminister Salles darüber nachdachte, die Entwicklungsgelder für die Entschädigung von Landbesitzern einsetzen zu wollen, die wegen der Einrichtung von Schutzgebieten ihr Land aufgeben mussten. Dies würde bedeuten, finanzielle Hilfen in den Landwirtschaftssektor zu lenken, die von den Mittelgebern für Waldschutz vorgesehen waren. Ein kontraproduktives Unterfangen. Deutschland und Norwegen reagierten entsprechend. Bis die Sachlage geklärt sei und die Gelder wieder wie vorgesehen zur Auszahlung über die BNDES kämen, drohte Deutschland weitere Zahlungen einzufrieren. Partnerorganisationen aus dem Amazonasraum hatten zuvor gemeldet, dass ihnen die Auszahlung von Projektgeldern aus dem Amazonasfonds verweigert würde. Salles beabsichtigte eine Überprüfung der Tätigkeiten und rechtmäßigen Mittelverwendung von NGOs, denen Bolsonaros Regierung grundsätzlich kritisch gegenübersteht. In diesem Zusammenhang wird den NGOs und sozialen Bewegungen Indoktrinierung durch das Ausland vorgeworfen. Im Juni reiste Entwicklungsminister Gerd Müller nach Brasilien, um mit Salles über den Amazonasfonds zu verhandeln. Per Twitter¹³ bekräftigte der Minister anschließend, dass Deutschland die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Brasilien fortführen wollen; inklusive des Amazonas Fonds, der entscheidend ist für Schutz des Regenwaldes und Klimaschutz sei.

Internationales Indigenenschutzrecht ILO 169 bald ohne Brasilien?

Im April wies Greenpeace Brasilien¹⁴ darauf hin, dass Brasilien zunehmend die ILO 169 torpediere. Anlässlich des 15 jährigen Bestehens der Konvention kam es zu einer Abstimmung über Anpassungen und die juristische Auslegung strittiger Punkte (wie das Autodemarkationsverfahren durch die Munduruku am Tapajós). Als einziges von 48 Ländern, die die ILO 169 ratifiziert haben, stimmte Brasilien gegen die Vorschläge. In jüngster Zeit war Brasilien mehrfach wegen Verstöße gegen die ILO

¹³ https://twitter.com/bmz_bund/status/1148855632629501957

¹⁴ <https://www.greenpeace.org/brasil/blog/convencao-169-faz-15-anos-diante-do-risco-de-retrocessos-nos-direitos-indigenas/>

169 und den Umgang mit seiner traditionellen Bevölkerung vor Gericht verurteilt worden. Deutschland hat die ILO 169 bislang nicht ratifiziert. Eine Gruppe von Aktivist*innen mobilisiert gerade dafür, hier erneut Druck auf die deutsche Regierung zu machen.

Die beabsichtigten Änderungen der ILO behandeln folgende Punkte:

- Grundsätzlich definieren indigene Gruppen ihre Identität selbst. Sie beziehen soziale, kulturelle und historische Kriterien in diesen Prozess ein.
- Prinzip der Anti-Diskriminierung: Traditionelle Gemeinschaften und indigene Völker werden alle Rechte und Freiheiten garantiert, ohne dass zu Diskriminierung kommt.
- Spezielle Maßnahmen müssen so gewählt werden, dass sie Individuen, Institutionen, Gemeinwesen, Arbeitsmöglichkeiten, Kultur und Naturraum der Völker schützen. Sie dürfen nicht dem frei geäußerten Willen der Gemeinschaft widersprechen.
- Indigenen Völkern und Ethnien steht die Entscheidung über Prioritäten in Bezug auf Entwicklungsvorhaben zu.
- Betroffene Völker haben das Recht zur vorherigen, freien und gut informierten Anhörung. Diese öffentliche Anhörung sieht die tatsächliche Beteiligung an Entscheidungen für Betroffene vor. Das erfordert vertiefende Gespräche über Projektvorhaben, staatliche Pläne sowie entwicklungspolitische Vorhaben auf kommunaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene.

Ein aktueller Streitpunkt unter der ILO 169 dreht sich um die Erdölvorkommen im Amazonasgebiet. Die staatliche Erdölagentur ANP eröffnet ein Bieterverfahren für Erdöl- und Erdgasvorkommen im Amazonasgebiet. In unmittelbarer Nähe befinden sich indigene Schutzgebiete sowie Naturschutzgebiete. Greenpeace befürchtet neben den sozialen Schäden auch Auswirkungen auf die sensible Auenlandschaft und Korallenbänke des Amazonasgebiets, die durch austretendes Öl stark gefährdet wären. Auch das Ministerio publico¹⁵ des Bundesstaats Amazônia hat die Erdölagentur aufgefordert, die Ausschreibung zurückzunehmen.

Drei Hilferufe aus Amazonien¹⁶: Goldsucher und Bergbauinteressen bei Wajãpi, Yanomami und in der Raposa Serra do Sol

Ende Juli hat eine Gruppe von bewaffneten Männern in der Region Mariry im Bundesstaat Amapá das Reservat der Wajãpi überfallen und einen Kaziken getötet. Die Einheimischen des Dorfes mussten fliehen. Die Wajãpi beschuldigen Goldsucher (Garimpeiros) des Verbrechens, gemeint sind womöglich allgemein illegale Interessen an Bodenschätzen. In der Region gibt es Bodenschätze wie Mangan, Eisen und Kupfer. Weder die Funai noch die Bundespolizei oder das Militär waren schnell vor Ort präsent, um die Indigenen zu schützen, wie es ihre gesetzliche Aufgabe wäre. Senator Randolfe Rodrigues (Rede-AP) wurde per Funk informiert. Er beklagt die Abwesenheit des Staates und wendet sich mit einem Video an die internationale Öffentlichkeit. Inzwischen untersucht die brasilianische Bundesstaatsanwaltschaft den Mord.

¹⁵ <http://www.mpf.mp.br/am/sala-de-imprensa/noticias-am/mpf-solicita-manifestacao-da-anp-e-retirada-de-leilao-de-blocos-de-petroleo-e-gas-natural-no-am>

¹⁶ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/hilferuf-aus-amazonien-goldsucher-toeten-und-bedrohen-wajapi-yanomami-und-indigene-in-raposa-serra-do-sol> (Uta Grunert/Johannes Graf, Poema e.V.)

Die Invasion der Eindringlinge und die Ermordung der einheimischen Führung passieren gerade zwei Tage, nachdem Präsident Jair Bolsonaro in Manaus zu Besuch war. Dort hat er wieder einmal den Schutzstatus der indigenen Territorien angegriffen und behauptet, dass er Garimpeiros in indigenen Gebieten legalisieren werde. Der Konflikt zwischen Goldsuchern und Indigenen ist seit Anfang des Jahres in verheerendem Ausmaß im ganzen Amazonasgebiet eskaliert. Eine Situation, die von der Regierung Bolsonaro und den großen internationalen Bergbaugesellschaften gefördert wird, die zunehmend indigenes Land erkunden und ausbeuten wollen. Vor diesem Hintergrund muss das gerade abgeschlossene neue Handelsabkommen der EU mit dem Mercosur nachdrücklich in Frage gestellt werden. Mit Regierungen, die die Menschenrechte dermaßen missachten, wie die Regierung Bolsonaro es tut, darf es keine wirtschaftliche Zusammenarbeit geben, ohne dass in den Verträgen die Einhaltung der Menschenrechte verankert und rechtsstaatliche Mindeststandards eingehalten werden. Dies fordert POEMA e.V. Stuttgart in einem Brief an Bundestag und EU-Parlament. POEMA e.V. arbeitet seit über 15 Jahren mit den Wajãpi zusammen und unterstützt sie insbesondere im medizinischen Bereich. Unter anderem durch regelmäßige Spenden der Beschäftigten des Uniklinikums Tübingen konnte die Ausbildung von indigenen Gesundheitshelfer*innen, so genannten Agente Indigena de Saude, ermöglicht werden.

Auch andere indigene Gruppen leiden unter dem aggressiven Vormarsch von Bergbauinteressen. Das indigene Territorium Raposa Serra do Sol liegt im Nordosten des Bundesstaats Roraima an der Grenze zu Venezuela und Guiana. 1993 wurde der Verwaltungsprozess der Landzuweisung begonnen, 2005 unterzeichnete Ex-Präsident Lula das Dekret. Es war ein bejubelter Erfolg der indigenen Bevölkerung und der beteiligten sozialen Bewegungen. Allerdings wurden auf dem Weg dahin 21 Indigene getötet. Auf einer Fläche von 1.747.000 Hektar leben heute knapp 25.000 Indigene fünf unterschiedlicher Ethnien (Macuxi, Wapixana, Ingaricó, Patamona und Taurepang). Sie sind in einem Dutzend Organisationen (z.B. CIR Conselho Indigena de Roraima) zusammengeschlossen und leben von kollektiver Landwirtschaft, Tourismus und Viehzucht. Die Savannenlandschaft eignet sich zur Viehweide, Rodungen wie andernorts in Amazonien üblich, sind hier nicht notwendig. Die erste indigene Parlamentsabgeordnete Joenia Wapixana¹⁷ (Rede-RR) hatte 2004 das Projekt als erste indigene Anwältin für den CIR vor internationalen Gremien (Menschenrechtsausschuss der Organisation Amerikanischer Staaten) vertreten. Sie fordert eine Abkehr vom Diskurs der Indigene zu Entwicklungshindernissen macht. Ihre politischen Ziele umfassen außerdem Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich für indigene Völker.

Auch wenn die Rechtslage in Raposa Serra do Sol zu Gunsten der Indigenen entschieden war, kam es immer wieder zu Übergriffen von Außenstehenden, die unbefugt in das Schutzgebiet eindringen. Nach der Ära der Goldsucher und Viehzüchter mussten die Reisbauern per Gerichtsbeschluss von ihren Äckern verwiesen werden. 2009 entschied der Oberste Gerichtshof STF, Reisbauern und allen Personen ohne indigene Zugehörigkeit des Landes zu verweisen. 2013 wurde der indigene Landanspruch erneut gerichtlich bestätigt.

Seit 2018 droht eine Neuaufnahme des Prozesses, auch wenn Juristen bestreiten, dass dies möglich sei¹⁸. Noch vor seinem Amtsantritt sprach Präsident Bolsonaro davon, Raposa Serra do Sol in ein Niob-Valley¹⁹ verwandeln zu wollen. Der Reichtum der Region dürfe nicht ungenutzt in der Erde

¹⁷ <https://terrasindigenas.org.br/pt-br/noticia/196117> FSP, Entrevista da 2a, p. A14 - 07/01/2019

¹⁸ <https://terrasindigenas.org.br/pt-br/noticia/196839> FSP, Poder, p. A12 - 11/02/2019

¹⁹ <https://www.brasildefato.com.br/2018/12/18/raposa-serra-do-sol-or-a-questao-de-honra-do-general-augusto-helena/>

bleiben, sondern müsse für Entwicklung eingesetzt werden. Stimmen des agrarindustriellen Sektors rechnen die Rentabilität der Fläche für den Reisanbau vor. Ein weiterer Befürworter staatlichen Zugriffs auf indigene Gebiete ist der Geostratege und Chef für Sicherheitsfragen General Augusto Heleno, der den Indigenen im Nordosten des Landes Autonomiebestrebungen vorwirft und sich bereits während des laufenden Demarkationsprozess dagegen eingesetzt hatte. Nach Angaben der Zeitschrift Valor Econômico bereitet die Regierung Bolsonaro ein Dekret vor, um die Ausweisung der Terra Indígena RSdS rückgängig zu machen.

Exkurs Niob: Brasilien verfügt über die größten Niobfunde weltweit. Seit 50 Jahren baut das brasilianische Unternehmen CBMM (Companhia Brasileira de Metalurgia e Mineração) nahe der Stadt Araxá in Minas Gerais Niob ab. Das Unternehmen produziert jährlich 70.000 Tonnen und bedient 75% des Weltmarkts. Der Preis liegt bei 40 Dollar pro Kilo. Niob²⁰ ist ein Supermetall, das wegen seiner besonderen Härte und Supraleitfähigkeit in der Industrie gefragt ist und sich gleichzeitig gut verarbeiten lässt. Zum Einsatz kommt die Legierung bei der Umhüllung von Kernbrennstäben oder in Raketentriebwerken. Auch die Bauindustrie ist darauf angewiesen, wenn besondere Stabilität verlangt wird. Brückenpfeiler, Hochspannungsmasten, kilometerlange Pipelines werden mit Hilfe von Niob gebaut. Bisher wenig bekannt, soll es das seltener werdende Wolfram ablösen. Bereits ein Niob-Anteil von 0,01 Prozent erhöht die Festigkeit von Stahl. Leichtere Autos oder mit Niob bedampfte Halogenlampen, die heller leuchten und weniger Energie verbrauchen – auch Nachhaltigkeitsstrategen haben Niob entdeckt. In der Biodiesel-Synthese dient Niob als Katalysator. Wichtigster Abnehmer ist Europa vor den USA, ob der Markt Richtung China auszubauen sei, darüber streiten Bolsonaro und sein militärischer Vize Mourão.

Der Abbau von Mineralien bietet in der Regel nicht nur Reichtümer. Er geht mit der Verschmutzung bzw. Vergiftung von Gewässern einher und stellt einen massiven Eingriff in einen Lebensraum dar. Soziale und ökologische Folgeschäden wie gesundheitliche Probleme werden von den rohstoffinteressierten Unternehmen in Kauf genommen. Trauriges Beispiel dafür ist das Schutzgebiet der Yanomami²¹ (an der Grenze zu Kolumbien). Die Gesundheitsorganisation Fiocruz²² hat in den Schutzgebieten der Yanomami Belastungen des Wassers mit Quecksilber festgestellt. Es wird zur Auswaschung von Gold benutzt. Die Indigenen sind durch die steigende Zahl illegaler Goldsucher massiv bedroht. Malaria und Wasserverschmutzung werden zur Plage in Roraima. Der Verein Hutukara schätzt die Zahl der illegalen Eindringlinge auf 10.000.

Aktivitäten und Kampagnen in Deutschland und Europa

Die **Amazonas-Sondersynode**²³ der katholischen Kirche findet vom 6. bis 27. Oktober im Vatikan statt. Sie steht unter dem Thema: „Amazonien: neue Wege für die Kirche und eine ganzheitliche Ökologie“. Das Bischofstreffen will Umweltschäden im Amazonasgebiet und deren soziale Folgen in den Blick nehmen. Den Rahmen bildet hier die Umwelt-Enzyklika Laudato si' von Papst Franziskus.

²⁰ <https://www.welt.de/wirtschaft/article155505579/Warum-die-ganze-Welt-dieses-Wunder-Metall-jagt.html>

²¹ FSP, Entrevista da 2a, p. A14 - 07/01/2019, Temos de mudar o discurso de que impedimos desenvolvimento, diz deputada indígena. Joenia Wapichana critica mudanças em demarcações sob Bolsonaro e defende respeito à Constituição

²² <https://amerika21.de/2019/07/228553/goldtausch-schutzgebiete-brasilien>

²³ https://weltkirche.katholisch.de/Portals/0/Dokumente/vorbereitungsdokument-amazonien_final.pdf

Maßgeblich beteiligt an der Synode ist das panamazonische, kirchliche Netzwerk Repam (Red Eclesial PanAmazónica), zu dem auch **Adveniat** und **Misereor** gehören. Der Lebensraum vieler indigener Völker im Amazonasgebiet ist durch ökonomische Interessen wie Landvertreibungen, die willkürliche Abholzung von Wald sowie die Verschmutzung von Gewässern bedroht. Die Rechte dieser Menschen wollen die Teilnehmer der Synode stärken und haben Vertreter indigener Völker dazu eingeladen, den Debatten zu folgen und sich in Kleingruppen zu beteiligen.

In einer Petition ruft **Survival international**²⁴ Präsident Bolsonaro dazu auf, die brasilianische Verfassung sowie internationale Gesetze zum Schutz der indigenen Bevölkerung zu wahren. Die Petition hat bereits 7.820 Unterschriften (Abfrage am 24.07.2019).

Die **Gesellschaft für bedrohte Völker** forderte Bundesminister Müller anlässlich dessen Brasilienreise in einer Pressemitteilung²⁵ auf, die Rechte indigener Völker einzufordern. Der Plan des Ministers, Soja-Importe im Rahmen des Mercosur-Abkommens zu zertifizieren, werde in der Praxis kaum einen Unterschied machen. „Selbst, wenn die EU entsprechende Zusagen erhält, geht das Soja von brandgerodeten Flächen eben nach China – den weitaus größeren Absatzmarkt“, befürchtet Bangert.

Inkota²⁶ und Misereor arbeiten kritisch gegenüber der Fusion von Bayer und Monsanto. Sie prangern den Verkauf von hochgefährlichen, in der EU verbotenen Pestiziden in Brasilien an, denn Bayer verkauft in Brasilien heute 50 Prozent mehr Wirkstoffe als im Jahr 2016, die in der EU verboten sind. Im April erschien eine Bilanz des einjährigen Jahrestags der Fusion mit Forderungen an die Bundesregierung und den Bayer-Konzern.

Vom 25.-27. September findet die 28. Internationale Jahreskonferenz²⁷ des **Klima-Bündnis** in Rostock statt. Gastrednerin wird u.a. Alessandra Korap von den Munduruku am Tapajós sein, eine Projektpartnerin der **Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt ASW**.

Vom 08.-10. November 2019 tagt der **Runde Tisch Brasilien** in Weimar. Neben aktuellen politischen Entwicklungen (Bolsonarismo in Brasilien) stehen die Themen Unternehmen und Menschenrechte²⁸ im Mittelpunkt. Gäste aus Brasilien und Referent*innen aus Deutschland/Schweiz beleuchten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen hier und Brasilien und hinterfragen Standards und Regeln der Konzerne. Sie sind notwendig, um vor Ort die Einhaltung der Menschenrechte zu sichern. **KoBra** gibt im Vorfeld der Tagung ein Brasilicum zum Tagungsthema heraus.

²⁴ <https://survivalinternational.de/petitionen/brasiliensgenozidstoppen>

²⁵ <https://www.gfbv.de/de/news/brasilien-reise-des-entwicklungshilfeministers-9732/>

²⁶ <https://webshop.inkota.de/node/1570>

²⁷ <http://www.klimabuendnis.org/events/internationale-jahreskonferenz.html>

²⁸ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2019/rtb-2019-menschenrechte-und-internationale-unternehmensverantwortung>